

## Nachbarschaftsinitiative Wuppertal-Oberbarmen

An den Rat der Stadt Wuppertal  
über  
Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

den im Rat der Stadt Wuppertal  
vertretenen Fraktionen per Mail zur Kenntnis

CDU	<a href="mailto:info@cdu-fraktion-wuppertal.de">info@cdu-fraktion-wuppertal.de</a>
SPD	<a href="mailto:info@spd.rat.de">info@spd.rat.de</a>
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<a href="mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de">fraktion@gruene-wuppertal.de</a>
FDP	<a href="mailto:fraktion@fdp-wuppertal.de">fraktion@fdp-wuppertal.de</a>
DIE LINKE	<a href="mailto:ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de">ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de</a>
WW - WÄHLERGEMEINSCHAFT für WUPPERTAL	<a href="mailto:fraktion@wfw-wuppertal.de">fraktion@wfw-wuppertal.de</a>

### ebenso per Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme an

Sozialdezernenten der Stadt, Herrn Beig. Dr. Kühn

das Vier Zwo Zwo Quartierbüro Soziale Stadt Oberbarmen-Wichlinghausen [info@vierzwozwo.de](mailto:info@vierzwozwo.de)

Wuppertal, 04.04.2016

### **Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW betr. Soziale Stadt Wuppertal Wichlinghausen / Oberbarmen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

Sie haben am 29.03.2016 unter „Muckes Meinung“ herzlich eingeladen, mitzumachen bei der Bürgerbeteiligung, sich für unsere Stadt zu engagieren und geäußert, dass Sie sich auf viele inspirierende Erfahrungen mit und bei der Bürgerbeteiligung freuen.

Bitte legen Sie den folgenden Antrag im Sinne von § 24 GO NRW dem Rat der Stadt Wuppertal vor:

**Gemäß § 24 Abs. 1 GO NRW reichen die in der beigefügten Liste aufgeführten und unterzeichnenden Einwohner / Bürger der Stadt Wuppertal dem Rat der Stadt Wuppertal folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung ein:**

1. Die Stadtverwaltung erhält den Auftrag, im Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt Wichlinghausen / Oberbarmen in der Form initiativ zu werden, dass eine

Präventionsmaßnahme für Jugendliche und junge Erwachsene unter Berücksichtigung der Bestimmungen zur Zuschussgewährung aufgelegt und mit aus den dafür vorgesehenen Mitteln bestritten wird, durch die die derzeit in erschreckend zunehmenden Maße festzustellenden Aktivitäten der Sprayer (für die die Staatsanwaltschaft den Tatvorwurf „Unbefugtes Ändern des Erscheinungsbildes einer Sache“ verwendet) so „aufgegriffen“ werden, dass die im Straßenbild des Quartiers zu beobachtende Verwahrlosung von nicht wenigen Bereichen möglichst nicht weiter fortschreitet.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der „Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf -öffentlichen Straßen und Plätzen“, deren Aufgabenstellung im Anhang zu diesem Antrag dargestellt ist (Fundstelle Homepage der Stadt Wuppertal, Bericht (2002 – 2004), den Auftrag zu erteilen, sich schwerpunktmäßig mit der in diesem Antrag unter Ziffer 1 dargestellten Problematik auseinander zu setzen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Erhöhung der Geldbuße gem. § 11 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Wuppertal zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten der Kommunalen Ordnungspartnerschaft einen Vorschlag mit der Zielsetzung zu erarbeiten, wie sichergestellt werden kann, dass durch entsprechend geschultes und ausgestattetes Personal schwerpunktmäßige Kontrollen auf Einhaltung der Satzungsbestimmungen nach Ziffer 3 an entsprechenden Brennpunkten öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden und bei Verstößen, ähnlich wie bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs, sofort Verwarnungen erteilt werden können.

#### Vorwort vor der Begründung:

Es wäre zu schade, wenn unser schönes Quartier, dessen Qualitäten (insbesondere schöne Häuserfassaden, ruhige Wohnlagen in Nähe jedweder ÖPNV-Anbindungen, vorhandene Einkaufsmöglichkeiten, beste Gesundheitsversorgung, alle Schulformen in gut erreichbarer Nähe, Anbindung an die Nordbahntrasse....) viel zu wenig in der Öffentlichkeit werbewirksam herausgestellt werden, durch eine negative Entwicklung im äußeren Erscheinungsbild (weiter) an Wert verlieren würde. Nicht unerwähnt lassen möchten wir in diesem Vorspann die vielen Menschen, die sich im Rahmen der bestehenden gut funktionierenden Netzwerke im Quartier umeinander mit der Zielsetzung kümmern, dass keine Angsträume entstehen (siehe auch Bericht in der WZ vom 01.04.16.

#### Begründung:

Wie von der Stadt publiziert und von der Presse berichtet (u.a. Artikel in der WZ vom 4.2.16) „hat die Landesregierung 15,8 Millionen Euro für das neue Förderprogramm Soziale Stadt Wichlinghausen / Oberbarmen bis 2021 bewilligt und damit das Wuppertaler Konzept gewürdigt.“ Als entscheidende Änderung zu den bisherigen Plänen wird herausgestellt: „Alle Maßnahmen rund um den Berliner Platz sollen gebündelt und in einem Entwicklungsprozess mit den Bürgern erarbeitet werden.“ Weitergeführt werden soll, wie in der ersten Förderphase auch, das Fassadenprogramm. Darüber erhalten Fassadenbesitzer, die ihre Fassaden sanieren lassen, Zuschüsse.

„Auch für **kreative Projekte in Wichlinghausen und Oberbarmen sind wieder Mittel vorhanden**“, so wird von den Verantwortlichen ausgeführt.

Von der Stadt wird aufgerufen, Projekte zu benennen, die der Zielsetzung „Aufwertung des Stadtteils“ man könnte auch, wie böse Zungen behaupten „Bewahren vor der entgegengesetzten Entwicklung“ entsprechen.

Konkret als Schwerpunkt, auch schon in der Vergangenheit, wurden und werden immer wieder benannt die Hausfassaden. Es ist bekannt, dass im Quartier viele denkmalgeschützte Häuser, ja

ganze Straßenzüge aus der Gründerzeit stehen, teils mit bereits schön sanierten, oft aber auch mit noch sanierungsbedürftigen Fassaden.

Hintergrund für die Fassadenförderung ist sicherlich, dass schon der Fassadenzustand einen ersten Anschein über die zu erwartende „Qualität“ im Quartier vermittelt. Verwahrlosen die Fassaden, verwahrlosen unter Umständen ganze Straßenzüge. Unrat wird abgestellt, Hundekotbeutel liegen herum (oder Hundekot wird erst gar nicht weggemacht), Abfall wird einfach fallengelassen, Papierkörbe interessieren nicht mehr, überfüllte Mülleimer bleiben stehen, Mülleimer werden nach der Leerung nicht mehr ins Haus gesetzt usw. Das Straßenbild verändert sich. Es entsteht der Eindruck, niemand kümmert sich mehr. Das hat zum Beispiel zur Folge, dass plötzlich offen und ohne Hemmschwelle mit Drogen gedealt wird, weil „man“ sich unbeobachtet fühlt. Die Sprayer nehmen sich der Hausfassaden an, egal, ob es bereits mit Zuschüssen finanzierte, sanierte Fassaden, ob es mit öffentlichen Mitteln gestaltete Bildflächen sind oder nicht. Plötzlich entstehen ganze „Sprüher-Strecken“. Eine Abwärtsspirale dreht sich und erfasst sich ausdehnend weitere Bereiche.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fragt sich mancher Hauseigentümer: „Macht es Sinn, die Fassade zu sanieren, wenn schon vielleicht in der Woche nach Fertigstellung erste „Tags“ und kurze Zeit später weitere gesprüht sind?“ „Habe ich die Kraft, das Geld, die Nerven, also all die erforderlichen „Notwendigkeiten“, sofort nach einer solchen Aktion zu agieren und das Gesprühte wieder zu entfernen?“

Leider ist in jüngster Zeit, nicht nur im Quartier, in verstärktem Maße festzustellen, dass Graffiti-Künstler (oder solche, die sich dafür halten) nicht nur die Hausfassaden der privaten Eigentümer, sondern alle im Straßenraum vorzufindenden „Einrichtungsgegenstände“, die von öffentlicher Hand, also letztlich dem Steuerzahler finanziert werden, „umgestalten“. Was nutzt es da, dass Leuchten besonders ausgesucht werden, damit sie sich dem Stadtbild anpassen. Mit Tags und mehr werden versehen Bänke, Schaltkästen, Briefkästen, Mauern, Geländer, Papierkörbe.... Die Aufzählung könnte endlos verlängert werden. Benutzt werden, je nach Größe der ausgewählten Gegenstände unterschiedliche Materialien.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der vor einiger Zeit in der Wuppertaler Rundschau abgedruckte Artikel über ein ausgelegtes Gebet in der Trassenkapelle am Bergischen Plateau (siehe Anlage).

Wen wundert es, dass in einem weiteren in der Wuppertaler Rundschau vom 13.02.2016 abgedruckten Leserbrief „Polizei ist unterbesetzt“ (siehe Anlage) zu lesen ist, dass der Briefeschreiber „als Anwohner über eine Bürgerwehr, die sich in seinem Umfeld aufhält, sehr glücklich ist.“

Wiederholt auf dem Berliner Platz in aller Öffentlichkeit und ungestört, auch an helllichem Tage zu beobachten ist, dass zu bestimmten Zeiten schon auf große Distanz hin erkennbar Dealer ihrer Tätigkeit nachgehen. Hier entwickeln sich langsam, aber stetig, die „rechtsfreien Räume“, die der Innenminister des Landes NRW als nicht existent bezeichnet. In ihnen gilt zwar das Recht, insofern sind sie sicherlich nicht rechtsfrei, das Recht wird aber nicht mehr angewandt bzw. durchgesetzt. Daran ändern offensichtlich auch nicht die in dem o.g. WZ Artikel vom 01.04.16 angesprochenen „Streifengänge“ der Polizei bislang nichts. Ja, mehr polizeiliche Aufmerksamkeit ist erforderlich!

Die in einem auf der Internetseite der Stadt abrufbaren Bericht (2002 – 2004, Seite 7, der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Anmerkung: dieser alte Bericht erscheint bei entsprechender Sucheingabe an oberster Stelle) getroffene, seinerzeitige Aussage, „dass Erkenntnisse über verstärkten Handel illegaler Drogen bzw. die Manifestierung einer Drogenszene nicht vorliegen“ ist heute in keinster Weise mehr haltbar.

Unternommen wird eben, soweit erkennbar, von –wie es so heißt- „offizieller Stelle“ - bislang nichts. Das Stadtbild verändert sich, wird zugegebenermaßen in jeglicher Hinsicht bunter, allerdings nicht im positiven Sinne. Die Sprayer, um auf sie zurück zu kommen, überbieten sich gegenseitig, übermalen ihre Tags und stehen offensichtlich im harten Wettbewerb unter- bzw. gegeneinander, um nicht bildlich gesprochen zu sagen „übereinander“. Die Tags einzelner werden in zwischen mit dem Zusatz

versehen „Crew“. Die Verwahrlosung breitet sich immer schneller aus, geht inzwischen über das Quartier hinaus.

Bislang mag mit den Ausführungen der Eindruck erweckt werden, als stünden insbesondere einzelne zu schützende Hausfassaden im Vordergrund dieses Bürgerantrages. Das ist nicht der Fall. Hier geht es um das Erscheinungsbild und die Zukunft eines ganzen Stadtquartiers und seiner Bewohner.

Wie bereits oben ausgeführt, ist auffallend, aber nicht verwunderlich, dass die beschriebenen Aktivitäten der Sprayer besonders von dort ausgehen, wo junge Menschen Freizeitaktivitäten entwickeln. Hier sind insbesondere das Bergische Plateau und die dort vorhandenen Einrichtungen ehemaliger Bahnhof Wichlinghausen, die Skaterhalle sowie die Parcour-Anlage und der dortige Bolzplatz zu nennen. Offensichtlich trifft man sich dort und auf dem Hin- oder Nachhauseweg bzw. auf wahrscheinlich nächtlichen Streifzügen wird dann gesprüht und markiert. Mit diesem Hinweis sollen diese Einrichtungen keinesfalls als negativ dargestellt werden! Sie sind gerade heute so wichtig.

In dem bereits zitierten Bericht (2002 – 2004) der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen wird auf Seite 5/6 ausgeführt: *„Streetwork für Kinder und Jugendliche findet in Wuppertal im klassischen Sinne nicht statt.“*

Schon damals kommt der genannte Bericht zu dem Fazit (Seite 6): *„An einigen Stellen im Stadtgebiet existiert erhöhter Handlungsbedarf, der von den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen bearbeitet werden muss, auch wenn nötige finanzielle wie personelle Ausstattung nicht immer gewährleistet ist.“*

Jetzt zeigen sich offensichtlich die Ergebnisse früherer Versäumnisse auf erschreckende Art.

Im Rahmen der unter Ziffer 1 beantragten Maßnahme könnten durch eine präventive Jugend-Sozialarbeit, die beschriebenen „negativ sich auswirkenden“ Aktivitäten der Sprayer durch „Streetworker“ aufgegriffen und z.B. in der Form umgelenkt werden, dass auf zur Verfügung gestellte Flächen offiziell gesprüht bzw. gestaltet werden darf. Denkbar ist das z.B. an Flächen entlang der Nordbahntrasse, die sich dafür anbieten und die ggfs. auch „Hingucker“ sein könnten (Beispiel East-Side-Gallery in Berlin). Über eine entsprechende Präventionsarbeit wird es sicherlich in anderen Städten Beispiele geben, über die im Rahmen des interkommunalen Erfahrungsaustausches Erkenntnisse für das Quartier erworben werden könnten, soweit sie bei der Stadt nicht vorhanden sind. (Das gilt auch für die unter Ziffer 4 beantragte Maßnahme, über öffentlichkeitswirksames und damit abschreckendes Kontrollieren und sofortiges ordnungsbehördliches Eingreifen wurde bereits im Fernsehen aus anderen Städten berichtet).

Sicherlich wird in der Diskussion um den Bürgerantrag als Argument kommen: „Mit Prävention ist den Sprayern nicht mehr beizukommen, die wird man nicht erreichen!“

Dem ist zweierlei entgegen zu setzen:

1. Die, die nicht mehr erreichbar sind, müssen die Sanktionen zu spüren bekommen, die die Gesellschaft für solch widerrechtliches Handeln in Gesetzen verankert hat. Dazu müssen sie ermittelt werden. Hier sollten alle Betroffenen gemeinsam agieren und zum Beispiel durch das Aussetzen einer Belohnung die Chancen erhöhen, zumindest einen der Haupttäter zu ergreifen und vor Gericht zu stellen. Wir können einfach nicht länger zuschauen, wie das Quartier verunstaltet wird.
2. Es wird auch jetzt noch Sprayer geben, bei denen die Prävention Sinn macht, so dass, zukunftsbezogen gesehen, halt nicht vergeblich investiert wird.

Die Dringlichkeit einer **umfassenden** Präventionsarbeit im Quartier Oberbarmen wird weiterhin ganz aktuell dadurch deutlich, dass gemäß Berichterstattung am 16.02.16 in der Aktuellen Stunde des WDR im Quartier allein 4000 Syrer leben, die zu integrieren sind. Stellt sich die Frage, in welches Umfeld die „aufnehmende Gesellschaft“ diese Integration vollziehen will, welches „Integrationsniveau“ wird angestrebt. Das darf nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, sondern muss schnellstens planmäßig angegangen werden.

**Aus Datenschutzgründen wird gebeten, die personenbezogenen Daten der Antragsteller nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.**

Mit freundlichen Grüßen

Franz-Georg Schmitz

sowie weitere Antragsteller  
gemäß beigefügter Unterschriften-Listen

Kontaktadresse: [schfrajo@web.de](mailto:schfrajo@web.de) Tel. 641826

## Anhang

**(Fundstelle:** Internetseite der Stadt, abrufbarer Bericht 2002 – 2004 der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen

*(Anmerkung: dieser alte Bericht erscheint bei entsprechender Sucheingabe an oberster Stelle)*

### **Welche Aufgaben hat die Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf Öffentlichen Straßen und Plätzen?**

Die Steuerungsgruppe versucht alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um vorhandene Problemlagen im öffentlichen Raum zu lösen. Dazu gehört unter anderem die Koordinations- und Vernetzungsarbeit, die zur Lösung der Problemlagen beitragen soll. Weitere Schwerpunkte in der Arbeit der Steuerungsgruppe sind das Abstimmen von Handlungsfeldern, Selektieren von Problemlagen, Durchführen von Einzelmaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit. In der Steuerungsgruppe wird über Gesamtzusammenhänge informiert. Ziel ist es, diese in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein aller BürgerInnen zu bringen.

Aufgrund der auch im politischen Raum positiv bewerteten Arbeit vergrößerte sich – wie oben beschrieben – sowohl das Einsatzgebiet, der Tätigkeitsbereich als auch der TeilnehmerInnenkreis. Im täglichen Leben sind sich nicht immer alle Personengruppen „gut gesonnen“, daher kommt es gelegentlich zu Störungen im individuellen Tagesablauf. Einige Personengruppen leben ihre Bedürfnisse auf Kosten anderer aus. Somit kommt es zwangsläufig zu Einschränkungen, Beengungen und Spannungen im öffentlichem Raum. Öffentliche Plätze werden bekanntermaßen von vielen „TagesfreizeitlerInnen“ als Kommunikationsforum, aber auch zum Konsum legaler (z.B. Alkohol) als auch illegaler Drogen genutzt. Hieraus ergibt sich ein breites Feld an Problemlagen wie z.B. das Bilden einer illegalen Drogenszene, Treffpunkte für Jugendliche (SkaterInnen) oder Verschmutzungsproblematiken an diesen Treffpunkten.

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es diese Schwierigkeiten in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit zu minimieren bzw. zu lösen. Eine Möglichkeit solche Situationen befriedigend zu lösen gibt es nur, wenn alle Beteiligten in die Erarbeitung der Lösungsstrategie einbezogen werden.

Örtliche Schwerpunkte der Arbeit waren und sind die Plätze, an denen sich eine große Zahl von Menschen mit viel Tagesfreizeit aufhalten. Diese Orte sind häufig auch informelle Treffpunkte für unterschiedlichste Personengruppen. Der bloße Aufenthalt solcher Personengruppen löst bei einigen MitbürgerInnen schon subjektive Vorbehalte und Unwohlsein aus – unstrittig finden jedoch auch objektiv Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze für die Allgemeinheit statt.

Diese **Plätze** zeichnen sich durch eben beschriebene Personengruppen, einer hohen Frequentierung, erhöhten Verschmutzung, Graffiti und vom Vandalismus gekennzeichneten Objekten aus.

Die Steuerungsgruppe ist in Ihrer Arbeit immer auf die Beteiligung der BürgerInnen – zu denen auch die hilfebedürftigen Personengruppen gehören –, MieterInnen, EigentümerInnen, Geschäftstreibenden, sowie auf alle Institutionen die inhaltlich beteiligt sind, angewiesen.

Ergebnisse sind nur zu präsentieren, wenn alle beteiligten BürgerInnen auch kompromissbereit sind. Wenn die Kompromissbereitschaft nur einseitig vorhanden ist, kann die beste Zusammenarbeit und Mühe keine Ergebnisse bringen.

Im Gegensatz zu anderen Städten war Wuppertal schon zu Beginn der „Sozialen Ordnungspartnerschaften“ davon überzeugt, dass eine „Dislozierung“, ein in anderen Städten die Vertreibung der hilfebedürftigen Personengruppen umschreibender Begriff, nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen kann. Neben den unterschiedlichen inhaltlichen Auffassungen vertritt man in Wuppertal die Meinung, dass aufgrund von gesellschaftlichem Druck nicht die vorherrschenden Gesetze außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Mit einer Verlagerung der Personengruppen wäre das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verschoben. Ziel ist es, die BürgerInnen für die Lebenslage der jeweils „anderen“ zu sensibilisieren und Ihnen die gegenseitige Verantwortung klar zu machen. Aus diesem Grundsatz ergeben sich die oben genannten Aufgaben

## Ein Beispiel am Papst nehmen

Betr.: Kopftuch, 11. November

Ich bin Christ und Demokrat und akzeptiere Andersgläubige auch mit Kopftuch. Die katholische Hauptschule St. Laurentius sollte sich an ihrem Papst ein Beispiel nehmen. Ich bin evangelisch.

Hansgeorg Kowalewski, In den Stöcken

## Durch Gesetze geschützt

Betr.: Kopftuch, 11. November

Selbstverständlich toleriere ich sowohl den Katholizismus als auch den Islam. Aber was hat ein Kopftuch mit dem Islam zu tun? In unserem zivilisierten und demokratischen Land werden Frauen durch Gesetze geschützt. Dafür benötigen wir kein Kopftuch.

Dr. Katja Diegmann-Hornig, Hauptstraße

## Hoffentlich darf's bleiben

Betr.: Barmer Kugelbrunnen

Der ISG Barmen sei Dank für die leuchtende Idee, der tristen Doppel-Halbkugel vorweihnachtliche Optik angegedeihen zu lassen. Hoffentlich darf es so bleiben.

Ottmar Ay, Hainholz

## wuppertaler rundschaue

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Rundschau Verlagsgesellschaft mbH  
Postadresse:  
Postfach 100 165, 42001 Wuppertal  
Hausadresse:  
Johannisberg 7, 42103 Wuppertal  
Geschäftsführer:  
Lutz Rensch, Tobias Zimmermann  
Anzeigenleiter:  
Stephan Sieper  
Redaktion:  
Hendrik Walder (Leitung, Tel. 271 44-12),  
Roderich Trapp (stv. Ltg., Tel. 271 44-44),  
Stefan Seitz (Tel. 271 44-37),  
Sabina Bartholomä (Tel. 271 44-48),

Lieber Gott,

schenke „Honky“ die Einsicht, dass er oder sie die graphischen Fähig- und Fertigkeiten anderweitig einsetzt.

Gibt ihm oder ihr die Kraft, damit aufzuhören,

durch die Signierungen Sachbeschädigungen vorzunehmen,

indem ansprechend gestaltete Hausfassaden beschmiert und viele

weitere Flächen im öffentlichen Bereich durch sein „Honky“ verunstaltet werden.



## Ganz nach oben...

... richtet sich diese schriftliche Bitte, die einer unserer Leser in der Trassen-Kapelle am Bergischen Plateau fotografiert hat. Es geht um einen Sprayer, der seinen Namenszug „Honky“ offenbar vor allem im Wuppertaler Osten intensiv verbreitet. Unser Leser schreibt: „Es stellt sich die Frage, ob es nicht doch möglich ist, 'Honky' das Handwerk zu legen. Zum Beispiel, indem sich die Betroffenen (Stadt, Post, WSW und Wuppertalbewegung) entschließen, eine Belohnung für die Übermittlung von Informationen an die Staatsanwaltschaft auszu-

setzen, die zu 'Honky' führen. Seine/ihre vielen Einsätze kann 'Honky' nicht unbeachtet vollziehen. Es muss Zeugen geben, die 'Honky' kennen oder beobachtet haben. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel ein mit Zuschüssen finanziertes Bild wie die gemalte Lokomotive an der Rückseite des früheren Bahnhofgebäudes Wichlinghausen ungestraft beschmiert wird.“

Zum Hintergrund: Was hier kritisiert wird, nennt man in der Sprayer-Szene „Tag“ (sprich: Täg) – eine einfarbige, grafisch gestaltete Graffiti-Signatur.

## Schuld in die Schuhe

Betr.: Neumarkt: Bäckerei-Schließung, Rundschau vom 11. November

Vielleicht wollten die Verantwortlichen ja nur die Wuppertaler Bäcker vor einem auswärtigen Anbieter schützen, dessen Backwaren sich – nicht nur meiner Meinung nach – qualitativ und geschmacklich deutlich von den Produkten der innerstädtischen Konkurrenz abheben.

Aber wahrscheinlicher ist, dass sie einfach mal wieder (siehe auch die „Vertreibung“ von Volker Mehl, die Schließung

„geplante“ Verkehrs-Chaos und das dadurch bedingte Ladensterben in Elberfeld) das Niveau senken wollten.

Dazu passt auch, dass die Dame vom Presseamt der Bäckerei Schüren die Schuld in die Schuhe schiebt, statt beim Ordnungsamt gesunden Menschenverstand anzunehmen.

Weiter so! Was in dieser Stadt abgeht, das ist (nicht nur im Fußball) fünfte Liga...

## Stadt braucht mehr Kreativität

Betr.: Neumarkt: Bäckerei-Schließung, Rundschau vom 11. November

Wie wäre es wenn die Stadt mehr Kreativität einbringt? Man bietet Herrn Schüren alternativ einen Anlieferungsplatz für sein Sortiment – und einen Mitarbeiter, der die Ware befördert. Und schon ist die Stadtverwaltung positiv in den Schlagzeilen. Eventuell sogar bundesweit.

Dorothea Nill-Kuhnt, Lärnhofstraße